

Rede des LWLSPD-Fraktionsvorsitzenden Karsten Koch anlässlich der Verabschiedung der Haushalte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe für die Jahre 2025 und 2026

- Es gilt das gesprochene Wort –

Anrede

„Wer Musikschulen schließt, schadet der inneren Sicherheit.“ Natürlich betreibt der LWL keine Musikschulen. Dieser legendäre Satz aus dem Jahr 2001 des damaligen Bundesinnenministers Otto Schilly passt aber dennoch sehr gut als Ausgangspunkt für meine Ausführungen zum Doppelhaushalt 2025/2026. Die landschaftliche Kulturpflege ist eine originäre gesetzliche Aufgabe der Landschaftsverbände. Kultur ist nicht irgendeine verzichtbare Sättigungsbeilage, sondern ein Hauptgericht in unserem freiheitlichen Rechtsstaat. Kultur ist ein wichtiges Instrument unserer wehrhaften Demokratie, die von unterschiedlichen Seiten wie nie zuvor angegriffen wird.

Vor diesem Hintergrund ist die Debatte insbesondere im kreisangehörigen Raum - und dort sehr stark von CDU-Ratsfraktionen dominiert- schon schräg. Häufig wird beklagt, dass kulturpolitisch im Rheinland mehr passiere als in Westfalen-Lippe. Aber die wunderbaren Einrichtungen und Projekte, die wir haben und die es ohne den LWL als überörtlichen Akteur nicht gäbe, dürfen aber auch nichts kosten. Das Ganze mündet dann in Vorwürfen wie „Der LWL zieht die Kommunen blank“. Der Doppelhaushalt hat ein Aufwandsvolumen von insgesamt fast 9,5 Mrd. Euro. Für Kultur und Wissenschaft sind 259 Mio. Euro veranschlagt. Diese Relation macht deutlich, dass wir im LWL kulturpolitisch auch finanzwirtschaftlich sehr maßvoll agieren.

Wenn wir nun die Gedenkstätte Stalag 326 endlich im Bündnis mit Bund, Land und kommunaler Familie zu einem mindestens national sichtbaren Ort der Erinnerungskultur und gegen das Vergessen machen, dann entspricht das dem kulturpolitischen Selbstverständnis der LWLSPD. Wir schließen zudem im Sauerland eine wichtige museale Lücke mit dem Besucherbergwerk in Bestwig-Ramsbeck. Und wir freuen uns besonders über unsere beiden IGA 2027-Projekte mit dem Schleusenpark in Waltrop und dem Umbau der Zeche Nachtigall in Witten. Für die millionenschwere Förderung für Witten hat meine Fraktion in Berlin alles gegeben und letztlich war es ja auch erfolgreich. Mehr Kultur heißt eben auch mehr Demokratie und mehr Bildung.

Im letzten Jahr hat uns die AfD mit ihrem schäbigen Shitstorm gegen die vorbereitende Ausstellungswerkstatt „Das ist kolonial“ in der Zeche Zollern kalt erwischt. Die AfD hat auf nichts Rücksicht genommen, die Mitarbeitenden schikaniert, den LWL diskreditiert und letztlich versucht, die Kunst-freiheit einzuschränken. Für einen kurzen Moment spielten die „MdLVs“ ein Kapitel in dem Stück „In der Pfütze ist die Fliege Admiral“ und haben sich in dem Shitstorm geradezu gesuhlt. Ende November war die LWLSPD wieder auf Zollern. Die Ausstellung, die noch bis zum Herbst 2025 läuft, ist wirklich großartig. Wir haben mit Erleichterung und auch mit Stolz von dort mitgenommen, dass die Erfahrungen aus dem Jahr 2023 die Beschäftigten und Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger letztlich stärker und resilienter gemacht haben. Wir werden besser denn je mit solchen Angriffen umgehen können. 2023 wird sich in dieser Form nicht wiederholen; davon bin ich felsenfest überzeugt.

Wir können in Westfalen-Lippe stolz auf die Eingliederungshilfe für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung sein. Sie macht das Recht auf Inklusion von über 110.000 Menschen mit einer individuellen Lebensgestaltung möglich. Die geistig behinderte Frau, die kaum lesen und schreiben kann und Unterstützung bei der Alltagsgestaltung braucht oder der 57jährige Mann, der aufgrund seiner psychischen

Behinderung nicht mehr berufstätig sein kann, gehören ebenso zu den Leistungsberechtigten wie das 4jährige Kind mit sprachlicher, motorischer und emotionaler Entwicklungsstörung. Es sind Menschen, die auf einen funktionierenden Staat und auf eine auf Menschenwürde ausgerichtete Gesellschaft angewiesen sind. Es ist mir wichtig, das so deutlich zu benennen, damit sich nicht der Eindruck verfestigt, Menschen mit einer Behinderung seien weniger eine Bereicherung unseres Lebens, als vor allem eine finanzielle Belastung.

Wir hatten mit dem Tod von Johannes Chudziak einen dramatischen Verlust zu beklagen. Viele und ich auch haben gehofft, mit ihm eine neue sozialpolitische Epoche gestalten zu können. Er ist viel zu früh verstorben und sein Fehlen bereits seit dem Jahresanfang bemerken wir an vielen Stellen, obwohl die Mitarbeitenden wirklich alles für reibungslose Abläufe im Sozialdezernat gegeben haben. Es gibt für eine solche Tragödie keinen Plan B. So sehr der Verlust schmerzt, werden wir jetzt nach vorne schauen.

Ich freue mich, dass wir bei fast allen Fraktionen mit unserem Vorschlag Takis Mehmet Ali Begeisterung ausgelöst und viel Vertrauensvorschuss erhalten haben. Dafür sage ich herzlichen Dank und ich bin sehr sicher, dass wir mit ihm ein neues Kapitel in der Eingliederungshilfe aufschlagen und auch einen Perspektivwechsel erleben werden. Wir sollten beizeiten ergebnisoffen auch der Frage nachgehen, ob die organisatorische Trennung der Eingliederungshilfe in Erwachsene und Kinder bzw. Jugendliche im LWL auf Dauer Sinn macht.

Die LWLSPD hatte in der vergangenen Woche einen Austausch mit dem AWO-Bezirk Westlichen Westfalen. Die geäußerte Kritik am Verwaltungsvollzug hat uns sehr betroffen gemacht. Morgen steht ein weiterer Austausch mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege an und die Tagesordnung lässt ähnliches erwarten. Die LWLSPD nimmt die kritischen Hinweise sehr ernst und wird alles dafür tun, um Bewilligungs- und Auszahlungsverfahren sowie

Verwaltungsprozesse zu verbessern. Auch die Leistungserbringer sind wichtige Garanten für einen funktionierenden Sozialstaat. Niemand kann wollen, dass sie existenziell gefährdet werden und ausfallen. Das wäre für die betroffenen Menschen, aber auch für den LWL und seine Mitgliedskörperschaften fatal.

Was unternimmt das Land NRW, um die finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern? Die Antwort: Nichts. Sie sind seit Jahrzehnten mit 23 Prozent an der Verbundmasse beteiligt. Läuft die Konjunktur gut, steigen die Einnahmen automatisch. Läuft sie nicht so gut wie etwa in der Corona-Zeit, gehen die Einnahmen zurück. Die Landesregierung hat zwar die Ausfälle der zwei Corona-Jahre 2021 und 2022 in Höhe von 1,5 Mrd. Euro ausgeglichen, allerdings nur kreditiert. Jetzt darf die kommunale Familie ihre vermeintliche Rettung selbst bezahlen. Erstaunlich ist zudem, dass der NRW-Anteil an der 5. Milliarde der Entlastung des Bundes bei der Eingliederungshilfe nur fakultativ gezahlt wird. Hinter dieser Regelung steht die große Gefahr der klebrigen Hände des Landes.

Es gibt erfindungsreiche Bilanzierungshilfen mit dem NKF-CUIG oder dem 3. NKW-Weiterentwicklungsgesetz, aber es gibt eben kein zusätzliches frisches Geld. Dabei ist es doch eine originäre Verpflichtung des Landes, eine aufgabenadäquate Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten. Das Land tut aber nichts. In unserer Resolution zur Beteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe ist auch das Land adressiert worden. Es hat dann 10 Monate gedauert, bis Ministerpräsident Wüst dann entschieden hat, dass das Land weiterhin nichts macht, sondern der Bund bezahlen soll. Der in den Bundesrat eingebrachte Entschließungsantrag ist ein bedeutungsloser und unlustiger Witz. Unsere 1.900 Plätze für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf sind von der Finanzierung über das KiBiz ausgeschlossen. Hier könnte Herr Wüst den LWL und damit die Umlagenzahler sofort um 40 Mio. Euro entlasten. Das wäre übrigens mehr, als die Zahllast jetzt gegenüber dem Haushaltsentwurf ausmacht. Auch hier macht das Land nichts.

Die 5 Milliarden Euro des Bundes fließen seit 2018 jedes Jahr. Die Idee der Koalition aus CDU und SPD war 2013, dass Bund, Länder und Kommunen die Eingliederungshilfe gemeinsam tragen. Mein Fraktionskollege Dr. André Jethon hat es in seinem Aufsatz „Hannemann, geh Du voran“ treffend formuliert: „Die meisten anderen Flächenländer in Deutschland tragen im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die Eingliederungshilfe deren Ausgaben mindestens zur Hälfte, sodass allein schon vor diesem Hintergrund der Rechtfertigungsdruck für das Land NRW hoch erscheint, warum man sich hier nicht in der Finanzierungsverantwortung sieht. Jedenfalls kann sich das Land NRW der Verantwortung für die kommunale Finanzausstattung schlechterdings nicht dadurch entledigen, dass es die Zuständigkeit der Aufgabe der Eingliederungshilfe den Landschaftsverbänden, Landkreisen und kreisfreien Städten nach § 1 AG-SGB IX NRW zugewiesen hat.“ Wo ist denn der Drittel-Anteil des Landes? Ich bin es leid, sehr geehrter Herr Dr. Lunemann, dass die Kostenbeteiligung des Landes aus parteipolitischer Rücksichtnahme eher nebensächlich gefordert wird. Ich sage es noch einmal: Das Land tut nichts und wir kassieren als Punchingball zwischen Land und Umlagenzahler die immer heftiger werdende Kritik. Die Regierung Wüst lässt die Kommunen in schweren Zeiten finanzpolitisch im Stich. Und hinzu kommt nun noch ein massiver Sozialabbau der schwarz-grünen Landesregierung, der natürlich auch Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur in Westfalen-Lippe haben wird, wie die gefühlt etwas unwillig beantwortete Anfrage der LWLSPD belegt.

Was wir brauchen, sind echte Zuflüsse, die die LWL-Landschaftsumlage reduzieren. Eine Stärkung der allgemeinen Schlüsselmasse hilft natürlich den Kommunen, aber es ändert ja faktisch fast nichts an der Landschaftsumlage. Deshalb wirbt die LWLSPD für einen eigenen GFG-Ansatz für die Eingliederungshilfe, der dann in gleichem Umfang die Zahllast der Landschaftsumlage reduziert. Ein Prozent mehr Verbundmasse macht etwa 670 Mio. Euro für NRW aus. Dieser Betrag wäre in seiner Entlastungswirkung schnell aufgebraucht. Deshalb muss es das gemeinsame Ziel der Kommunen sein, mittelfristig wieder mit 28 Prozent an der Verbundmasse beteiligt zu sein. Im Übrigen

ist es ein Wahnsinn, dass der LWL von den 5,9 Mrd. Euro, die die Kommunen und Kreise 2025 an Schlüssel-zuweisungen erhalten, über die Landschaftsumlage 3,32 Mrd. Euro direkt wieder abschöpft.

§ 43a SGB XI muss weg. Darüber besteht nach meiner Wahrnehmung ein breiter Konsens, dass es nicht richtig sein kann, für Menschen mit Behinderungen in besonderen Wohnformen nur reduzierte Pflegeleistungen zu zahlen. Es bleibt „lediglich“ das Hindernis, dass dann die Beitragszahler der Pflegeversicherung höhere Beiträge zahlen müssen. Im kommenden Jahr wird die soziale Pflegeversicherung 30 Jahre. Die einst gute Idee funktioniert heute aber nicht mehr, weil Pflege und deren Finanzierung in einer rasch alternden Gesellschaft massiv steigende Beiträge erfordern. Die Teilkaskoversicherung verursacht zudem bei zu vielen Pflegebedürftigen Armut im Alter. Insofern braucht die Pflegeversicherung eine Generalrevision, die dann hoffentlich auch keinen § 43a mehr enthält.

Im Frühjahr haben wir eine Anfrage zu einem Stipendium für Quereinsteigende in Pflegeberufe gestellt. Der Antwort der Verwaltung war zu entnehmen, dass der LVR ein Pilotprojekt dazu beschlossen hat. Wir werden als LWLSPD in der kommenden Wahlperiode dieses Thema in der Hoffnung wieder aufgreifen, weil wir die Quereinsteigenden zur Sicherstellung des Pflegebetriebes brauchen werden.

Gefühlt ist politische Fairness im LWL in dieser Wahlperiode ein echter Schlankmacher geworden. Man muss schon sehr weit laufen, um sie zu finden. Wir haben das ja bei etlichen unserer Anträge erlebt, die die Koalition gekapert hat. Jüngstes Beispiel ist der Antrag zur Senkung des Hebesatzes. Unser Antrag ist mehrere Wochen vor dem von schwarz-grün gestellt worden. Wir haben bewusst beantragt, den Hebesatz um mindestens 0,2 Prozentpunkte zu senken, da ja die leichten Verbesserungen durch die GFG-Modellrechnung absehbar waren. Es wären auch mindestens weitere 0,1 Prozentpunkte Senkung möglich gewesen. Wir haben einen Vorschlag zur gestreckten und zulässigen Veranschlagung der

Pensionsrückstellungen gemacht, der noch nicht einmal diskutiert worden ist. Es wäre doch ein gutes Signal gewesen, mit der LWLSPD-Fraktion zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Das wollen Sie wie so oft aus Sturheit einfach nicht.

Sie wollen sich lieber als vermeintlich erfolgreiche Koalition feiern lassen. Dazu möchte ich gerne eine paar Anmerkungen zur Entzauberung machen. In dieser Wahlperiode ist die Zahllast von 2021 bis 2025 um sage und schreibe eine Mrd. Euro gestiegen. Die Mitgliedskörperschaften zahlen 2025 eine Mrd. Euro mehr als Landschaftsumlage. 2029 werden die Mitgliedskörperschaften noch einmal jedes Jahr 600 Mio. EUR mehr zahlen als 2025. Das sind meines Erachtens dramatische Zahlen.

Dann gibt es einen slapstickreifen Instagram-Post mit der Überschrift „CDULWL sorgt für Entlastung der Kommunen“. Gegenüber dem Verwaltungsentwurf würden die Kommunen bis 2029 bis zu 140 Mio. Euro sparen. Dazu Dr. Kai Zwicker: „Das hilft enorm.“ Jetzt gehört aber zur Wahrheit dazu, dass Ihnen das durch die GFG-Modellrechnung und die plötzlich optimistischere Berücksichtigung der Orientierungsdaten für die Mittelfristplanung anstrengungsfrei vor die Füße gefallen ist. Mehr haben Sie ja nicht getan. Von 2025 bis 2029 müssen die Mitgliedskörperschaften Stand heute 18,3 Mrd. Euro Landschaftsumlage zahlen. Da helfen natürlich bis zu 140 Mio. Euro weniger vom mehr enorm. Das ist eine wirklich steile These.

Der Meinungskorridor hat sich im LWL in den zurückliegenden vier Jahren durch eine neue Farbenlehre immer weiter verengt. Ich werde nicht sagen, dass die Zertifizierung eines orangefarbenen Gemüses in der Politik gefühlt mehr Aufmerksamkeit genießt als die großen Aufgaben- und Haushaltsdebatten. Und natürlich war die Besetzung von zwei LWL-Spitzenfunktionen für die Koalition ausschlaggebend. Das ist auch legitim. Allerdings war eine der beiden Funktionen dann offenbar doch nicht von dauerhaftem Interesse. Wir werden nach der Kommunalwahl so oder so eine bis

dahin nicht gekannte Konstellation im LWL haben. Bleibt er oder bleibt er nicht, das ist hier die Frage.

Die Karten werden in der kommenden Wahlperiode neu gemischt. Daraus ergeben sich dann auch wieder neue Möglichkeiten für den LWL. Meine Fraktion, die LWLSPD ist immer davon angetrieben, zu gestalten und Verantwortung zu übernehmen. Den Haushalt 2024 haben wir zum ersten Mal in 70 Jahren LWL aus sehr guten Gründen abgelehnt. Bei dem Doppelhaushalt 2025/2026 ist die Lage eine andere. Hier hätte ich mir gewünscht, dass die Koalition mal ein bisschen Klimapflege betrieben hätte und auf die LWLSPD zugegangen wäre. Das hat sie aber nicht. Wenn demokratische Parteien und Fraktionen lieber das Trennende ins Schaufenster stellen und nicht mögliche Gemeinsamkeiten eruieren, dann ist grundlegend etwas nicht in Ordnung.

Mit einer anderen Mehrheit hätten wir einiges anders gemacht, aber letztlich sind das Themen, die den Doppelhaushalt nicht so dominieren, dass sie eine Ablehnung rechtfertigen. Die LWLSPD wird dem Haushalt mit seiner sozial- und kulturpolitischen Prägung deshalb geschlossen zustimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in einer Woche ist Weihnachten. Die Russen lassen nicht von ihrem mörderischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ab. In Syrien ist das Assad-Regime gestürzt und die Welt weiß nicht, ob es sich zum Besseren dort wendet. Der islamistische Überfall auf Israel hat in der Region einen nicht enden wollenden Konflikt ausgelöst. Im Januar wird ein neuer US-Präsident sein Amt antreten und vor allem eines sein: unberechenbar! Hinzu kommen viele weitere explosive Gemengelagen in der Welt. Der Klimawandel wird ganze Landstriche unbewohnbar machen und Menschen werden sich auf den Weg machen, egal wie hoch die Zäune in Europa sind.

Viele Menschen, gerade auch jüngere Leute, haben Zukunftsängste. Dennoch haben wir das große Glück, in einem großartigen Land zu leben und das bleibt auch so. Aber

auch wir müssen uns neu erfinden. Unser jahrzehntelanges Geschäftsmodell, mit billigem russischem Gas, dem Zugriff auf die Rohstoffe dieser Welt und einer billigen Werkbank in China ist erschöpft. Jetzt wird es entscheidend sein, dass sich alle gesellschaftlichen und staatlichen Akteurinnen und Akteure ihrer Verantwortung gerecht werden, um durch Bildung, Transformation, Innovation und Gründergeist unseren Wohlstand zu sichern. Es muss sich vieles verändern, damit es gut bleibt oder gut wird. Angesichts dieser sorgenvollen und herausfordernden Zeiten muss das Gemeinsame in einer Demokratie größer sein als das Trennende. Ich glaube, das können wir im LWL allemal schaffen. Wie gesagt: Die Karten werden neu gemischt.

Mein Dank gilt dem LWL-Direktor und den Landesrätinnen und Landesräten ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LWL, wo auch immer sie in Westfalen-Lippe arbeiten. Und schließlich danke ich auch den Kolleginnen und Kollegen aus allen demokratischen Fraktionen für die Zusammenarbeit, die durchaus noch Entwicklungspotenzial hat.

Ich wünsche Ihnen ein wunderschönes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Liebsten und einen fulminanten Start in das neue Jahr 2025.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.